

# 91. FDP- Landesparteitag, 2.- 3. September 2011

## Beschluss

### Vorschläge für ein zeitgemäßes Bildungswesen

#### I) Ausgangslage

In der gegenwärtigen bildungspolitischen Diskussion herrscht die Beschwerde über den Fachkräftemangel und über die unzureichende Qualifikation der Schulabgänger vor, von denen zudem eine zu große Anzahl die Schule ohne Abschlusszeugnis verlässt. Dies ist ein vernichtendes Urteil für die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems. Es führt u. a. dazu, dass die zu erwartende Wirtschaftsentwicklung deutlich beeinträchtigt wird.

Die FDP Hamburg nimmt diese Feststellungen zum Anlass, einen weiterführenden Beitrag zur bildungspolitischen Debatte für den außerordentlichen Bundesparteitag am 12. und 13. November 2011 zu leisten.

Für uns Liberale war die Bildungspolitik immer ein wesentlicher Bestandteil der Gesellschaftspolitik.

Bildung soll jedem Einzelnen eine möglichst große Chance zur Selbstverwirklichung eröffnen. Das Bildungswesen hat damit eine große Bedeutung für die Allgemeinheit.

Es sichert unsere Wettbewerbsfähigkeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Eine gute und umfassende Bildung reicht jedoch über den notwendigen Erwerb spezifisch beruflich einsetzbarer Qualifikationen weit hinaus. Sie ist auf die ganzheitliche Persönlichkeitsförderung

jedes Einzelnen gerichtet. Sie soll ihn zur Teilhabe am gesellschaftlichen

Leben befähigen. In einem frühzeitig beginnenden Lernprozess müssen die in einer demokratisch fundierten Gesellschaft gültigen Wertvorstellungen vermittelt werden.

Eine grundlegende Rolle fällt hierbei der kulturellen Bildung zu, die Bildung erst im ganzheitlichen Sinne vervollständigt: Kulturelle Bildung trägt zur Persönlichkeitsbildung bei und vermittelt Werte und Maßstäbe. Sie stärkt all die positiven Eigenschaften, die uns persönlich bereichern und auf die wir im Zusammenleben angewiesen sind: Ausdrucksvermögen, Selbstvertrauen und die Fähigkeit zur Kommunikation – auch mit anderen Kulturen.

Kulturelle Bildung leistet somit einen unverzichtbaren Beitrag zur sozialen Integration.

Die Defizite des Bildungswesens wirken sich also nicht nur auf die Zukunft des Einzelnen, sondern auf die der gesamten Gemeinschaft aller Bürger aus.

**In unserer Erfahrung seit der beginnenden Industrialisierung gilt der Grundsatz: Mehr Menschen müssen mehr wissen, damit sich gesellschaftlicher Fortschritt dauerhaft entwickeln kann.**

#### II. Befunde des Bildungswesens

Das Bildungswesen ist durch folgende Befunde gekennzeichnet:

·Schulanfänger verfügen oft über mangelnde Sprachkenntnisse. Daher fehlt es an Chancengleichheit am Start der individuellen Bildungskarriere.

·Während der Schullaufbahn wird zu wenig Wissen vermittelt und soziales Verhalten nicht genügend gefördert.

·Schulabgänger erreichen keine für eine anschließende Berufsausbildung ausreichende Qualifikation, in vielen Fällen sogar keine Abschlüsse.

·In den 70er Jahren hat sich die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten von ehemals 6 % eines Jahrganges auf mehr als 30 % erhöht (was eine notwendige Entwicklung war), ohne dass jedoch

die anschließenden Ausbildungsmöglichkeiten erheblich verändert, neu strukturiert und erweitert wurden.

·Darunter leiden auch die Möglichkeiten für Aus- und Fortbildung sowie die zukünftigen Erweiterungen der Qualifikationen.

### **III. Liberale Forderungen für ein zeitgemäßes Bildungswesen**

Die FDP Hamburg hat auf ihren Landesparteitagen in den Jahren 2009 und 2010 fünf grundlegende Beschlüsse für ein zeitgemäßes Bildungswesen gefasst, im Einzelnen:

·„**Agenda für Bildung**“ (13. und 14. November 2009)

·„**Ein Netzwerk für den tertiären Bildungsbereich – liberale Antwort auf die Herausforderung der Wissensgesellschaft**“ (18. Februar 2010)

·„**Leitlinien, Grundsätze und Umsetzung eines modernen Hamburger Schulsystems**“ (04. und 05. Juni 2010)

·„**Starke Köpfe statt schwacher Leistungen! Schwache Schülerinnen und Schüler optimal fördern**“ (04. und 05. Juni 2010)

·**Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2011, Kapitel II „Vielfältige Schullandschaft und frühkindliche Bildung“** (20. Dezember 2010).

Auf der Grundlage dieser Landesparteitagsbeschlüsse fordert die FDP Hamburg für die Weiterentwicklung des Bildungswesens in Deutschland:

#### **1. Erweiterung der Vorschulbildung und intensivere Elternberatung**

In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für die persönliche Bildungskarriere gelegt. Daher fordern wir den vorrangigen Ausbau angemessener Fördermaßnahmen im frühkindlichen Bereich. Schulen und Kitas sind stärker miteinander zu vernetzen sowie die Elternhäuser mit einzubeziehen. Daneben sollen die Eltern stärker unterstützt werden. Wir setzen uns für die Auflage eines Informationsprogramms über die vielfältigen Fördermöglichkeiten und für ein Informationsportal im Internet ein. Durch verstärkte Beratungsgespräche in den Kitas und Schulen sollen die Eltern bei der Erziehung unterstützt und die Entwicklungschancen der Kinder verbessert werden.

#### **2. Ganztagschulen und Ergänzung des Unterrichts durch Erzieher, Sozialpädagogen und Psychologen in der Schule**

Die FDP setzt sich dafür ein, die Ganztagschulen als Angebotsschule in allen Bundesländern weiter auszubauen. Die Lehrer sind dabei in ihrer Arbeit zu unterstützen. Hierfür wird der verstärkte Einsatz von Erziehern, Sozialpädagogen und Psychologen an den Schulen benötigt,

#### **3. Organisation von Schülermithilfe**

Die Entwicklung sozialer Kompetenzen kommt vielfach zu kurz. Die FDP Hamburg spricht sich daher dafür aus, die Verantwortung innerhalb der Schülerschaft zu stärken. Die Schüler sollen motiviert werden, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Daher befürwortet die FDP die verstärkte Ausbildung von Schülerinnen und Schülern zu Streitschlichtern. Aber auch die Unterstützung und Hilfe schwächerer Schüler durch leistungsstärkere Schüler soll gefördert werden.

#### **4. Selbstverantwortung der Schulen stärken**

Die FDP steht für Bildungsvielfalt. Denn Bildungsvielfalt garantiert einerseits dem Einzelnen, dass er sich entsprechend seiner Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickeln kann, und sichert andererseits die Bildungsqualität. Voraussetzung für Vielfalt ist jedoch, dass die Schulen selbstverantwortlich handeln können, also eigene Profile entwickeln und Ideen und Konzepte umsetzen können. Hierfür ist eine Professionalisierung des Schulmanagements und der Schulverwaltungen erforderlich, unter anderem müsste eine Zuweisung von ausgebildetem Verwaltungspersonal an die Schulen erfolgen, um Lehrer von zweckfremden Tätigkeiten zu entlasten.

## **5. Transparenz über die Qualität der Schulen schaffen**

Die Kultusverwaltungen sollen ein umfassendes Bildungsmonitoring über Leistungen und Qualitäten der Schulen einführen, das für eine zeitnahe und transparente Information aller an den Schulen beteiligten und interessierten Bürgerinnen und Bürger sorgt. Durch klar formulierte und kommunizierte Bildungsstandards sowie realistische Zielsetzungen wird das Schulsystem entlastet und Zeit für die Entwicklung von Schulqualität gegeben.

## **6. Für ein Kooperationsgebot im deutschen Schulsystem**

Wir wollen den Weg zur Bildungsrepublik ebnen und unser Bildungssystem verbessern. Da für brauchen wir ein zielgerichtetes Zusammenwirken von Kommunen, Ländern und dem Bund in einer gelebten Bildungspartnerschaft. Das föderale Bildungssystem darf nicht länger dazu führen, dass die Bildungspolitik zersplittert und sich unkoordiniert vollzieht. Für einen fairen Wettbewerb und im Interesse der Chancengleichheit müssen vergleichbare Grundbedingungen herrschen. Wir sprechen uns daher für eine gegenseitige unterstützende Kooperation von Kommunen, Ländern und dem Bund aus, mit dem Ziel einer gemeinsam verantworteten Bildungspolitik. Eine Qualitätssicherung hat durch die Vereinbarung gemeinsamer Standards zu erfolgen, die von den Ländern umgesetzt werden. Dabei dürfen sich die Länder nicht am untersten Leistungsstand orientieren. Nur auf diese Weise wird Transparenz und Wettbewerb im Bildungssystem realisiert und zugleich die Mobilität von Familien und Lehrern gewährleistet.

Der Bund kann im Einvernehmen mit den Bundesländern diese durch Bildungsinvestitionen unterstützen. Hierzu ist das bestehende Kooperationsverbot aufzuheben.

## **7. Organisation eines modularen Bildungssystems nach Beendigung der Schullaufbahn.**

Sowohl für die Ausbildung solcher Absolventen, die kein Schulabschlusszeugnis haben und damit keine Lehrstelle erhalten, wie auch für alle anderen muss es möglich sein, in einem Baukastensystem Qualifikationen zu erwerben, die zu einer vorläufigen Verbesserung der Beschäftigungschancen und schließlich zum Erwerb formaler Abschlüsse oder zu deren Erweiterung und Ergänzung führen. Das betrifft den gesamten tertiären Bereich und ist Basis für die in der Wissensgesellschaft notwendige Möglichkeit zu lebenslangem Lernen.

## **8. Paradigmenwechsel in der Finanzierung**

Die Person hat für Liberale stets Vorrang vor der Institution, weshalb die notwendige Erhöhung der Bildungsausgaben durch individuelle Förderung erfolgen soll. Der Staat hat für eine finanzielle Grundausstattung seiner Bildungseinrichtungen zu sorgen. Damit aber die Ausgestaltung der Ausbildungsgänge qualitativ hochwertig und effektiv erfolgt, müssen die Interessen der Nutzer stärker berücksichtigt werden. Hierfür sollen die Studierenden und Auszubildenden grundsätzlich mit eigenen Beiträgen zur finanziellen Ausstattung der Institutionen beitragen, die ihrer Ausbildung unmittelbar zugute kommen. Die Nutzer der Ausbildungsstätten müssen von unmündigen Empfängern zu nachfragenden Kunden werden. Zur Finanzierung der Beiträge kann beispielsweise ein bundeseinheitlicher Bildungsfonds eingerichtet werden, über den Bildungsgutscheine ausgegeben werden. Der Gutschein wird einkommensunabhängig zur Verfügung gestellt und kann nach der freien Wahl des Nutzers bei jeder Einrichtung des tertiären Bildungsbereichs eingelöst werden.

Eine weitere Möglichkeit kann die Einführung eines Eltern- und Vermögensunabhängigen BAFöG in den verschiedenen Ausbildungsbereichen sein. Dies würde die Ungerechtigkeiten in der BAFöG-Vergabe beseitigen, Leistungen würdigen, Bürokratie abbauen und den Weiterbildungswillen der Auszubildenden und Studierenden würdigen. Auf diese Weise können Mittel in die Weiterbildung der künftigen Generation, statt in ausufernde Bürokratie und intransparente, teilweise beliebig wirkende BAFöG-Vergabe investiert werden. Um einen Missbrauch zu verhindern, muss in jedem Fall – wie beim aktuellen BAföG – eine Darlehenskomponente umgesetzt werden.

## **IV. Vorbereitung des außerordentlichen Bundesparteitags**

Der Landesvorstand und die Delegierten der FDP Hamburg werden gebeten, die Forderungen zur Modernisierung des Bildungswesens in die Debatte zum Leitantrag des Landesvorstands auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 12. und 13. November 2011 einzubringen.